

Vorbild für eingeschränkte Normalitäten?

Behindertenbeirat setzt sich mit Covid/19 auseinander

Der paritätisch besetzte Behinderten- und Inklusionsbeirat der Stadt Hildesheim steht für Inklusion und Teilhabe aus Sicht von Betroffenen ein. In der ersten Sitzung nach Ausbruch der Pandemie wird deutlich, dass Menschen mit Behinderungen im Rahmen der Beschränkungen spezifische Erfahrungen gemacht haben.

Über Tage ohne Kontakt mit der Außenwelt? Jede Aktivität außer Haus dezidiert planen? Verlust der Normalität? Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen kommen oft viele Tage nicht aus dem Haus und haben gelernt, sich selbst genug zu sein. Nicht einfach ohne Plan vor die Tür gehen, sondern Hilfsmittel mitnehmen und die räumlichen Bedingungen vor Ort im Vorfeld zu erkunden, gehört zum Alltag von Menschen im Rollstuhl oder mit anderen körperlichen Beeinträchtigungen. Normalität ist für die meisten Menschen mit Behinderungen nicht so zu verstehen, dass ihr Alltag dem einer großen Mehrheit entspricht. Bei einer im Laufe des Lebens erworbenen Beeinträchtigung muss sich auf den Prozess, sich durch die Behinderung in einer „neuen“ Normalität einzurichten, eingelassen werden. Die Erfahrungen der Mitglieder des Behindertenbeirates hätten vielen Menschen helfen können, Verluste, Verzichte und Herausforderungen durch die Pandemie besser zu bewältigen. Die so schnelle Umstellung auf digitale Formate ermöglichte es Menschen mit stärkerem Assistenzbedarf, von zu Hause aus an Sitzungen oder digitalen Events teilzunehmen. Bis zum Februar waren diese Möglichkeiten nicht denkbar, und somit die Personen, welche auf Assistenzkräfte und Barrierefreiheit angewiesen waren, schneller ausgeschlossen.

Aber die Rückmeldungen des Behindertenbeirates beinhalten leider nicht nur diese Chancen, sondern auch Gefühle der Ausgrenzung und des Alleingelassen Werdens. Viele Menschen mit Behinderungen waren davon betroffen, dass notwendige Arztbesuche und regelmäßige therapeutische Behandlungen abgesagt worden sind. Selbst auf das notwendige Taxi zum Arzt konnte man sich nicht verlassen. Unter dem Vorwand Risikopatienten schützen zu wollen, verweigerte man an vielen Stellen genau diesen die Behandlung. Dies galt sowohl im ambulanten Bereich als auch bei Aufhalten im Reha-Bereich oder psychiatrischen Kliniken.

Ganz allgemein hatten viele den Eindruck, dass man sie mit ihren Bedarfen nicht im Blick hatte. Eine Mutter von zwei geistig beeinträchtigten Kindern schildert, dass ihre Einrichtung gefühlt als letzte Informationen seitens der Politik bekommen habe. Menschen in Wohneinrichtungen konnten ihre Angehörigen oder Freundinnen und Freunde nicht mehr treffen. Lange wurde trotz Gefährdung in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen weitergearbeitet. Viele notwendigen Leistungen lasteten nun ausschließlich auf den Einrichtungen der Behindertenhilfe, bzw. den Familien. Hier wurde deutlich, was es bedeutet, wenn das Unterstützungssystem, das auf vielen verschiedenen Säulen beruht, plötzlich wegen der Kontaktbeschränkungen auf ein Teilsystem zurückfällt.

Je nach Beeinträchtigung stellte und stellt sich für manche Menschen auch die Frage, wie hoch das Risiko einer Ansteckung und wie groß die Gefahr eines schweren Verlaufs ist. Es gab keine einheitlichen Regelungen hinsichtlich der Krankschreibungen, diese wurden in den Arztpraxen individuell festgelegt. So hatten beispielweise manche Berufstätige mit chronischen Krankheiten selbst während der Phase des Lockdowns keine Möglichkeit einer Krankschreibung.

Kommunikation ist in Krisensituationen besonders wichtig. Wie öffentlich und aktuell sind beispielsweise Informationsquellen und Ansprache in leichter Sprache zu finden? Die Politik konnte nicht alle Bereiche gleichzeitig in den Blick nehmen und die Situation der Menschen mit

Behinderungen wurde unter den „vulnerablen Gruppen“ eingeschlossen. Die vielfältigen Bedarfe dieses Personenkreises sind dadurch aber nicht abgebildet. In der Arbeit, im Gesundheitsbereich, im Unterstützungsbereich, das Virus ist auf die meisten Felder unvorbereitet getroffen: die großen Belastungen führten dazu, dass Menschen mit Behinderungen oftmals nur noch als zusätzliches Problem gesehen wurden, um das man sich nun nicht auch noch kümmern konnte. Es bedeutet einen Rückschritt an Teilhabe für Gehörlose, die nun in eine Welt von mit Mund-Nase-Schutz bedeckten Gesichtern blicken und weder Mimik noch Worte entschlüsseln können. Ein großes Handicap bedeuteten die allorts aufgezeichneten Wege- und Abstandsregeln, wenn man sich mit dem Blindenstock orientiert und Sicherheit eigentlich durch die Bekanntheit der Wege erlangt. Das Leben beginnt wieder mit einer neuen Normalität. Für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sind so manche Orte durch die geänderten Wegführungen und Hygieneregeln nicht mehr erreichbar. So konnte beispielsweise der eigene Sportverein nicht mehr aufgesucht werden. Es gab keine Möglichkeit und den Willen, nach individuellen Lösungen zur Teilhabe zu suchen.

Die Maskenpflicht schützt Menschen, die ein stärkeres Infektionsrisiko und / oder einen schwerwiegenden Krankheitsverlauf zu befürchten haben. Nicht auszudenken wäre es, wenn bei einer Überlastung der Krankenhäuser im Rahmen einer Triage Menschen durch ihre Behinderung nicht behandelt werden würden. Gleichzeitig ist es vielen Menschen mit Beeinträchtigungen, psychischen oder chronischen Erkrankungen im Alltag nicht möglich, diese Maske zu tragen. Hier ist die ausdrückliche Befreiung von der Maskenpflicht durch die Niedersächsische Corona-Verordnung die einzige Möglichkeit, wieder ein Stück am neuen Alltag teilhaben zu können. Die Reaktionen in Form von Betretungsverboten in Geschäften, dem ÖPNV oder bösen Blicken von Mitbürgerinnen und Mitbürgern, nehmen diese Freiheit wieder zurück und machen notwendige Gänge zu einem Spießrutenlauf, sofern sie ohne Maske überhaupt möglich sind.

Die Pandemie hat uns aufgezeigt, dass eine inklusive Haltung, Inklusion als Querschnittsaufgabe der Gesellschaft auf fragilem Grund steht. Einige Verletzungen und Ausgrenzungen müssten aufgearbeitet werden, um nicht langfristig Schaden zu nehmen. Der Wunsch ist da, sich wenigstens im Nachhinein Gehör zu verschaffen.

Die Systeme haben jetzt bei relativ niedrigem Infektionsgeschehen Zeit sich einzurichten, beispielsweise die Rahmenbedingungen für ambulante Bringstrukturen zu verbessern. Teilhabe muss auch unter den derzeitigen Bedingungen von zu Hause möglich sein. Angehörige benötigen in besonderem Maße Entlastung und Unterstützung. Trotz dieser Erfahrungen ist die Stimmung in der Beiratssitzung grundsätzlich gut. Die Teilnehmenden haben schon ganz andere Dinge bewältigt. Die unglaubliche Resilienz, die von den Mitgliedern ausgeht, kann ein Vorbild sein und muss sichtbar werden.

Text: Behinderten- und Inklusionsbeirat der Stadt Hildesheim